## UMSCHAU

### Aserbaidshan für militärische Parität mit Armenien

**Moskau** (ADN). Für militärische Parität mit der Nachbarrepublik Armenien hat sich der aserbaidshanische Präsident Ajas Mutalibow ausgesprochen. In einem Interview für die „Sowjetskaja Rossija" verlangte er angesichts der Entwicklung in Armenien die Sicherung der Grenze durch bewaffnete Kräfte, die auch dem Präsidenten oder dem Präsidialrat unterstehen. Zugleich stellte er zu früheren Berichten klar, daß Aserbaidshan nur einen Teil seiner Wehrpflichtigen aus anderen Landesteilen zurückrufen will, damit sie die Bewachung der Grenze zu Armenien übernehmen können. Es sei kein Zustand, wenn an dieser Trennlinie Russen, Ukrainer oder Belorussen stehen. „Unsere übrigen Wehrpflichtigen werden in den Streitkräften des Landes dienen."

### Ruhe in Kosovo

**Belgrad** (ADN). Die Situation in dem zu Serbien gehörenden Autonomen Gebiet Kosovo war am Dienstagmorgen ruhig, berichtete TANJUG. Alle albanischen Bürger seien nach dem eintägigen Generalstreik wieder zur Arbeit erschienen. Die Betriebe und öffentlichen Einrichtungen arbeiteten normal. Am Vortag waren alle albanischen Werktätigen, die etwa 70 Prozent aller Beschäftigten in Kosovo ausmachen, in einen 24stündigen Generalstreik getreten.

### Neuseelands Premier Palmer zurückgetreten

**Wellington** (ADN). Acht Wochen vor den Parlamentswahlen ist Neuseelands Regierungschef Geoffrey Palmer am Dienstag von seinem Amt zurückgetreten. Gleichzeitig lege er das Amt des Parteichefs der Labor-Partei nieder, erklärte Palmer. Außen- und Handelsminister Mike Moore soll Nachfolger Palmers werden, der seit August vergangenen Jahres amtiert hatte. Politische Beobachter bringen den Rücktritt Palmers mit Streitigkeiten innerhalb der Labor-Partei über den Führungsstil Palmers sowie landesweitem Popularitätsverlust der Regierungspartei in Verbindung. Bei Meinungsumfragen im Vorfeld der am 27. Oktober stattfindenden Wahlen führt die National-Partei mit rund 35 Prozent.

### Flüchtlingslager der UNO in Sri Lanka

**Delhi** (ADN). Die Vereinten Nationen werden in Sri Lanka für die von den kriegsähnlichen Auseinandersetzungen in dem Inselstaat betroffene tamilische Bevölkerungsgruppe Flüchtlingslager eröffnen. Wie der indische Außenminister Inder Kumar Gujral in Delhi mitteilte, folgt die UNO damit einem Vorschlag seines Landes. Damit soll zugleich der starke Zustrom tamilischer Flüchtlinge nach Indien eingedämmt werden. Eine erneute Entsendung indischer Truppen zur Beilegung der Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und der tamilischen Extremistenorganisation „Befreiungstiger von Tamil Eelam" (LTTE) lehnte Gujral ab.

### 13 000 Palästinenser im Gefängnis

**Jerusalem** (AFP). Über 9 000 Palästinenser sind derzeit wegen Aktivitäten in Zusammenhang mit der Intifada, dem Volksaufstand in den israelisch besetzten Gebieten, inhaftiert. Das berichtete das israelische Fernsehen unter Berufung auf die Militärpolizei. Außerdem säßen rund 4 000 andere Palästinenser aus dem besetzten Gazastreifen und Westjordanland noch seit der Zeit vor Beginn der Intifada im Dezember 1987 hinter Gittern, hieß es. Aus Militärquellen verlautete, seit Beginn des Aufstands seien Tausende von Palästinensern festgenommen worden. Die Hälfte von ihnen sei vor Militärgerichte gestellt worden.

### Reinhold Messner auf der Suche nach Yeti

**München** (AP). Der Bergsteiger Reinhold Messner plant einen 850-Kilometer-Marsch im Himalaja in großen Höhen und will dort den Schneemenschen Yeti suchen. Dies kündigte der Südtiroler in einem am Dienstag vorab veröffentlichten Interview der Illustrierten „Quick" an. Im Frühjahr will Messner danach zu dem Marsch in Höhen zwischen 5000 und 6000 Metern im Königreich Bhutan aufbrechen. Dies sei ein Geschenk des Königs von Bhutan an ihn, sagte Messner. In dem asiatischen Land gebe es auch Vermutungen, daß dort der sagenhafte Schneemensch Yeti lebe. Diesen Schneemenschen wolle er finden, erklärte der Bergsteiger. Außer dem Marsch durch Bhutan plant Messner im Sommer 1992 und 1994 zwei weitere Projekte, über die er jedoch keine Einzelheiten bekanntgeben wollte.

### *Zweimal dürfen sie...*

*Eine höchst eigenwillige Verordnung verkündete Indiens Minister für Zivilluftfahrt jetzt vor dem Parlament: Stewardessen der „Air India" und der Inlandslinie „Indian Airlines" dürfen auch nach einer Heirat im aktiven Flugdienst verbleiben. Das ändere sich allerdings schlagartig, fügte der oberste Flugherr des Landes zum Erstaunen vieler Abgeordneter hinzu, wenn die Damen bereits zwei Kinder hätten und ein drittes Mal schwanger werden. Dann, so die bizarre Entscheidung, hieße es für sie, am Boden zu bleiben.*

### IN EINEM SATZ

**HILFSGÜTER** im Wert von 275 000 DM, die aus Spenden der DDR-Bevölkerung finanziert wurden, sind in Maputo an die moçambiquische Vereinigung für Freundschaft und Solidarität mit den Völkern übergeben worden.

**DIE ENTFÜHRER** einer „AEROFLOT"-Maschine nach Karatschi bleiben auf Beschluß eines pakistanischen Gerichts vorerst bis zum 23. September weiter in Pakistan in Haft.

**DIE REGIERUNG LITAUENS** hat den baltischen Teil der seit Kriegsende gesperrten Kurischen Nehrung für westliche Touristen freigegeben.

**DIE TRÄGERRAKETE ARIANE 4** wird im April und Oktober 1994 zwei brasilianische Telekommunikationssatelliten ins All schießen.

45 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung Ho Chi Minhs

# *Auf zwiespältiger Suche nach neuen Wegen in Vietnam*

*Von KLAUS BEHLING*

„Doi Moi" ist eines der wenigen Wörter, die der Besucher in Hanoi oder Ho-Chi-Minh-Stadt schon nach wenigen Tagen kaum noch aus dem Gedächtnis verlieren wird. Die vietnamesische Perestroika-Variante beherrscht auch und gerade im Umfeld des 45. Jahrestages der Unabhängigkeitserklärung, der am 2. September begangen wurde. Gespräche und Medien. Allein ihre wörtliche Übersetzung „Neuer Wechsel" läßt die Widersprüchlichkeiten bei der Suche nach neuen Konzeptionen für das Land ahnen. Und auch aus den Nachrichten der letzten Wochen kann man auf die meist hinter den Kulissen ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen Konservativen und Reformern schließen.

Durchaus positiven Ansätzen im Bereich der Außenpolitik, etwa die Kontakte mit den USA zur Regelung des Kambodscha-Problems oder Bestrebungen um die Normalisierung des Verhältnisses zu China, stehen Nachrichten über Einschränkungen der Pressefreiheit, „Säuberungen" innerhalb der KP und den Ausbau des Sicherheitsapparates gegenüber.

Die überlieferten hierarchischen Strukturen Vietnams verlagern politische Diskussionen von vornherein auf die Ebene der Partei; für demokratische Massenbewegungen fehlen Tradition und Verständnis ebenso wie die notwendige Infrastruktur. Daraus ergibt sich die Erwartung vieler Vietnamesen, daß der vom VI. Parteitag 1986 beschlossene Erneuerungskurs von der KP nun endlich energisch in Angriff genommen wird. Diese Hoffnung ist bislang noch durch unterschiedliche Auffassungen belastet, die wiederum sicher auch vom politischen Verhalten des großen Nachbarn China beeinflußt sind.

So steht auf der einen Seite die Erkenntnis, daß Veränderungen notwendig sind. Als Reaktion auf massive Kritik von der Basis der Partei hatte Tran Xuan Bach, damals Politbüromitglied, bereits Ende 1989 erklärt: „Wir dürfen nicht meinen, daß Turbulenzen nur in Europa vorkommen und die Verhältnisse in Asien stabil bleiben. Kein Land kann sich für absolut stabil halten. Alle sozialistischen Länder durchlaufen jetzt einen einschneidenden Prozeß, sie haben überfällige Widersprüche zu lösen und müssen alte Lasten und Hindernisse beseitigen."

Diese Einschätzung spiegelte zugleich den Grad und die Grenze des vietnamesischen Verständnisses für die politischen Wandlungen in Osteuropa und auch in der Sowjetunion wider. Der Zusammenbruch oder die existenziellen Probleme der kommunistischen Parteien dieser Staaten werden wohl als „fundamentale Krise im sozialistischen System" (Staatsratsvorsitzender Vo Chi Cong) gesehen, jedoch vor allem auf Fehler der Parteiführungen, Machtmißbrauch und Korruption zurückgeführt. Diese eingeengte Sicht läßt die Suche nach Verantwortlichen jenseits der Grenzen geradezu erwarten, und so schrieb Generalsekretär Nguyen Van Linh im theoretischen Organ der KPV denn kürzlich auch: „Der Imperialismus unter Führung der USA versucht, Vorteile aus unseren Schwierigkeiten zu ziehen und nutzt gleichzeitig die Fehler in gewissen sozialistischen Ländern aus und hofft darauf, den Sozialismus zu unterdrücken und die nationale Unabhängigkeit zu untergraben."

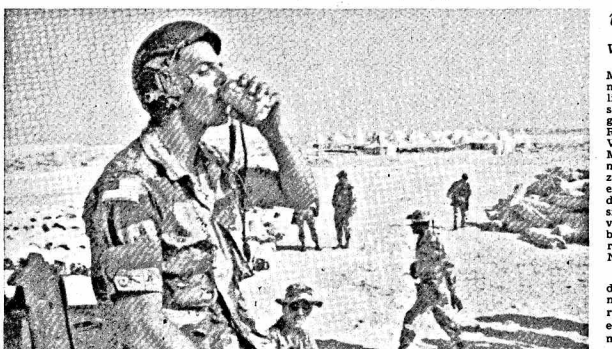
Natürlich haben die Vietnamesen ihre eigenen Erfahrungen mit den USA, und ihr Mißtrauen gegenüber dem einstigen Kriegsgegner mag durchaus verständlich sein. Zugleich dürfte solcher Ansatz das Zögern und die offensichtliche Rücksichtnahme auf orthodoxe Kräfte innerhalb der KP Vietnams erklären. Dennoch ist es wohl kurzsichtig zu nennen, wenn Vo Chi Cong vor der Nationalversammlung lediglich „antisozialistische politische Kräfte aus dem Ausland" und „ethnische Degeneration und mangelhafte Selbstkritik" für die Krise verantwortlich macht.

Reformer wie Tran Xuan Bach, der allerdings im Frühjahr aus der Parteiführung ausgeschlossen wurde, wissen dagegen inzwischen, daß Wirtschaftsreformen mit politischen Umwandlungen gekoppelt werden müssen: „Man kann nicht mit einem langen und einem kurzen Bein oder mit nur einem Bein gehen." Immerhin erklärte auch Ministerpräsident Do Muoi in seiner Festrede zum 45. Jahrestag am vergangenen Sonnabend: „Wir müssen das politische System Schritt für Schritt erneuern."

Einig sind sich gegenwärtig aber alle noch darin, daß die führende Rolle der Kommunistischen Partei nicht angetastet werden soll. Die Schaffung eines Mehrparteiensystems wird als Rückfall in bürgerliche Verhältnisse angesehen, und so beschränkt sich das Ziel der angestrebten Umgestaltung auf demokratische Reformen, die unterschiedliche politische Positionen zulassen sollen. In diesem Zusammenhang gewinnen nationalistisch anmutende Gedanken an Gewicht, die sich in der Feststellung äußern, daß der Sozialismus der Staaten Osteuropas lediglich aus der Sowjetunion importiert worden sei, wohingegen er in Vietnam von einer eigenständigen kommunistischen Partei getragen werde. Im Hinblick auf die Rezeption kommunistischer Ideen durch Ho Chi Minh bedürfte das wohl zumindest der kritischen Nachfrage.

So scheint die derzeit vorherrschende Meinung, daß „der Sozialismus (in Vietnam) so tiefe Wurzeln geschlagen hat, daß er nicht zerstört werden kann", recht zweifelhaft. Das 46. Jahr nach der Erringung der nationalen Unabhängigkeit in Norden Vietnams kann durchaus unerwartete Überraschungen bereithalten, wenn es nicht gelingt, die eigene Sozialismuskonzeption einer wahrhaft kritischen Analyse zu unterziehen und die künftige Politik entsprechend den Realitäten in der Welt zu gestalten.

# *US-Nachschub nicht nur an Waffen*



In der Wüste von Saudi-Arabien brauchen die GIs auf ihre gewohnte Cola nicht zu verzichten. Coca Cola Company liefert eine halbe Million Büchsen ... Foto: UP Orbillie

# *Mrs. Thatchers Golfpolitik weckt Falkland-Gefühle*

*Von BRUNHILD DE LA MOTTE, London*

Margaret Thatcher zeigt sich erneut als eiserne Lady: Unzugänglich für jede Vernunft schwelgt sie in einem Gefühl der Stärke gegen Irak. Während die irische Regierung ihre Landsleute durch Verhandlung zurückholte, droht Mrs. Thatcher Saddam Hussein mit einem Kriegsverbrecherprozeß. Taub für jede Gefahr, die eine militärische Einmischung in den Golfkrieg haben könnte, wies sie die Bitte von König Hussein von Jordanien nach Verhandlung brüsk ab, kritisiert sie die militärische Zurückhaltung anderer NATO-Staaten.

In der britischen Presse wird die Situation der Geiseln emotional ausgenutzt, um die Bevölkerung von der Notwendigkeit eines harten Vorgehens, auch mit militärischen Mitteln, zu überzeugen. Dies erinnert allzu fatal an die Atmosphäre während des Falklandkrieges 1982, als Hunderttausende Briten chauvinistisch vernebelt dem Krieg um die kleine Insel im Atlantik zustimmten.

Doch es rühren sich auch andere Stimmen. Am Freitag wurde in London das „Komitee zur Kriegsverhinderung am Golf" gegründet, das von führenden Labourabgeordneten, von CND, der Grünen Partei, Labour for Peace und anderen Friedensgruppen unterstützt wird. Eine der Hauptforderungen lautete, Britannien solle sofort seine Land- und Luftstreitkräfte zurückziehen und sich statt dessen hinter die von der UNO verhängten Sanktionen stellen. Ökonomische Sanktionen seien ein wirksames Mittel, Verhandlungen zu erzwingen, wie der Fall Südafrika zeige. Militärische Mittel hingegen würden Tausende Zivilisten gefährden und unüberschaubare Konsequenzen haben. Auch deshalb sprachen sich wohl in einer „Independent" veröffentlichten Meinungsumfrage zwei Drittel der Befragten gegen die militärische Kraftmeierei der USA und Großbritanniens aus.

# *ČSFR: Wirbel um Radikalenerlaß*

*Von unserem Prager Korrespondenten FRANK GRUBITZSCH*

Die KPTsch-Zeitung „Rudé Právo" publizierte Ende vergangener Woche ein Dokument, das in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit viel Staub aufwirbelte. Selbst Staatspräsident Vaclav Havel zeigte sich in seinem sonntäglichen Rundfunkgespräch aus dem Schloß Lany „schockiert" über den Inhalt des Papiers. Es handelt sich um den Entwurf der „Prinzipien des Verfahrens bei Personalveränderungen in den zentralen Organen", der bereits im Präsidium des ČSFR-Parlaments erörtert worden war.

An Hand eines ganzen Bündels von Kriterien soll nach den Vorstellungen der Autoren künftig über die Besetzung von Stellen in den zentralen Regierungs- und Verwaltungsorganen entschieden werden. Die Arbeit in der KPTsch-Kontrollkommission von 1969–1970, ein Dienstrang in der Volksmiliz, die Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit, ein Studium an der Parteihochschule der KPTsch oder der KPdSU, die Tätigkeit im Apparat der KPTsch, ja selbst eine berufliche Ausbildung in der Sowjetunion und die Veröffentlichung „eindeutig ideologisch orientierter" Bücher oder Artikel sprechen demnach gegen eine Tätigkeit in den zentralen Organen.

Präsident Havel scheint diese Art Radikalenerlaß etwas weit zu gehen. Doch erhielt er damit nur ein Echo auf seinen jüngsten Appell, die Revolution Nummer zwei zu beginnen, die alten Strukturen, die Mafia und die Nomenklatur zu zerschlagen. Havel hält es indes für völlig verfehlt, die fachliche Kompetenz danach zu beurteilen, ob jemand beispielsweise am Institut für Internationale Beziehungen in Moskau studiert oder zwei Jahre in einer Kreisleitung der KPTsch gearbeitet hat. Solche Methoden erinnern ihn wohl fatal an die Säuberungsaktionen stalinistischen Typs, die man in der Tschechoslowakei nach dem Februar 1948 oder nach dem August 1968 erlebte.

Auch die KPTsch sparte am Wochenende auf der Tagung ihrer Spitzengremien nicht mit Kritik. Der amtierende Parteivorsitzende Vasil Mohorita meinte, eine derartige Verfahrensweise widerspreche den Bemühungen, ein wirklich demokratisches und pluralistisches System aufzubauen. Bedenklicher noch erschien „Rudé Právo" die Tatsache, daß Fachgruppen des „Bürgerforums" an der Formulierung des Dokuments mitarbeiteten. Nach vier Jahrzehnten der Durchsetzung der führenden Rolle einer Partei sei dies zumindest dokant, so der Kommentar der Zeitung.

# *Mexikos Regierungspartei sucht ein neues Gesicht*

*Von RÜDIGER HOPLITSCHEK*

Begeisterungsstürme im Sportpalast von Mexiko-Stadt. Sie galten diesmal nicht athletischen Höchstleistungen, sondern prägten die 14. Nationalversammlung der regierenden Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI), die am Montag zu Ende gegangen ist. Die Ovationen und die Wiederwahl des Vorsitzenden Luis Coloso und des Generalsekretärs Rafael Rodriguez konnten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Parteikongreß, an dem PDS-Ehrenvorsitzender Hans Modrow als Gast teilnahm, in einer ernsten Zeit für die PRI stattfand. Bei den Präsidentschaftswahlen 1988 hatte die sieggewohnte Partei nur knapp über 50 Prozent der Stimmen erhalten, und die Opposition bezweifelt selbst das. Rodriguez erklärte denn auch: „Wenn wir den Wechsel wollen, müssen wir Mehrheiten respektieren."

Die Mehrheit will die PRI allerdings behalten oder wiedergewinnen. Das kann, so die verbreitete Ansicht, nur durch die entscheidende Vertretung der Interessen der Basis, vor allem Bauern und Arbeiter, im Kampf gegen Korruption und Verfilzung von Partei, Staat und Wirtschaft erreicht werden. Nicht zuletzt darauf zielen auch das von den 900 Delegierten angenommene politische Programm und das neue Statut der PRI.

Für einen Eklat am Rande sorgte der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa. Er hatte bei einer Zusammenkunft von Intellektuellen, die über die Veränderungen in der heutigen Welt diskutieren wollten, Mexiko als „perfekte Diktatur" bezeichnet.

# *Nun kommt Japan durch die Hintertür auf den EG-Markt*

*Von unserem Korrespondenten Dr. CLAUS DÜMDE*

Anti-Dumping-Verfahren gegen Importeure aus Japan gehören in der Brüsseler EG-Zentrale zur Routine. Die jüngsten betreffen Bagger und Wegwerf-Feuerzeuge aus dem Land der aufgehenden Sonne. Deren Preise seien so niedrig, daß die Existenz der jeweiligen Erzeuger-Firmen in EG-Ländern gefährdet sei und damit Arbeitsplätze ...

Wenigstens letztere Drohung veranlaßt dann meist die EG-Beamten, der Kommission die Verhängung von Einfuhr-Kontingenten, Zusatzabgaben oder Strafzöllen zu empfehlen. So wird die lästige Konkurrenz wenn schon nicht ausgeschaltet, so doch zumindest abgeschwächt. Daß sich die Japaner mit den Jahren daran gewöhnt haben, wäre sicher übertrieben. Aber sie rechnen stets damit – und stellen sich darauf ein.

Alle großen Export-Firmen, denen der direkte Zugang zum EG-Markt erschwert wird, suchen nach gangbaren „Hintertüren". Und immer mehr finden eine weit geöffnete. Sie heißt Direkt-Investition. Statt mit überschüssigem Kapital in Japan selbst die Produktion durch Rationalisierung, Modernisierung oder Erweiterung zu steigern, kauft man in den EG-Staaten (Firmen auf oder errichtet dort auf der grünen Wiese neue Werke. Oft nur zur Endmontage von Baugruppen, die billig in Fernost produziert werden können.

Besonders in solchen Krisen-Regionen der EG wie weite Teile Großbritanniens, Süditalien oder der Norden Frankreichs zahlt sich das doppelt aus. Die wegen hoher Erwerbslosigkeit an der Schaffung neuer Arbeitsplätze stark interessierten lokalen Verwaltungen gewähren Investitions-Zuschüsse und Steuervorteile, oft auf Jahre. Außerdem gelten dort produzierte oder montierte japanische Waren als „made in EG", unterliegen also auch beim Export in andere EG-Staaten keinerlei Beschränkungen.

Wie verlockend das ist, illustriert der jüngste Bericht der Nippon Export-Import Bank. „Die japanischen Direktinvestitionen in den zwölf Staaten der EG haben sich im Verlauf des beendeten Steuerjahres um 68 Prozent erhöht", heißt es darin. Zwischen März 1989 und 1990 verbrauchten sie 14 Milliarden US-Dollar gegenüber 8,33 Milliarden in der vorangegangenen Periode. Schon damals hatte man einen Zuwachs von 33 Prozent gegenüber 1987/88 registriert.

Der Löwenanteil entfällt nach wie vor auf Großbritannien und die Niederlande. Doch in Frankreich und der BRD ist die Zunahme japanischer Kapitalanlagen mit 146 bzw. 164 Prozent besonders hoch. Und daß der Appetit der Konzerne Japans noch lange nicht gestillt ist, zeigen spektakuläre Transaktionen der jüngsten Zeit: Für 369 Mio US-Dollar hat Fuji die britische Crosfield Electronics gekauft. Und im Juli übernahm Fujitsu die in Schwierigkeiten geratene Computer-Firma ICL. In beiden Fällen geht es schon nicht mehr nur darum, möglichst breit die Tür zum EG-Markt offenzuhalten. Vielmehr versucht man nun, die europäische Konkurrenz auf ihrem eigenen Terrain auszuschalten, in der EG.

# *Findet Kenia zu Stabilität zurück?*

*Von HOLGER WENK*

Vor wenigen Tagen legte in Kenia die Kommission für politische Revision Präsident Arap Moi ihre Reformvorschläge vor. Entstanden sind sie auf Grundlage von Gesprächen mit 19 Kopfigen Gremiums mit rund 40 000 „Wananchi", einfachen Bürgern des ostafrikanischen Landes. Die Brisanz der Angelegenheit besteht darin, daß nur durch wesentliche politische und sozialökonomische Veränderungen die derzeitige Krise des noch vor Jahresfrist als Bollwerk der Demokratie und der Freiheit von westlichen Freunden gelobten Staates gelöst werden kann.

Kommissionsvorsitzender Saitoti, zugleich Vizepremier, Finanzminister und Funktionär der Einheitspartei KANU, erklärte schon im Vorfeld, durch die Verwirklichung der Vorschläge könne das Chaos verhindert werden. Demgegenüber meint eine wachsende Zahl von Kritikern und Opponenten, daß auch diese Kommission nur eine „nette demokratische Übung" sei, die nichts an den realen Mißständen ändere. Und die sind wahrlich gravierend.

Schon seit Jahren bilden Partei- und Staatsfunktionäre sowie Mitglieder des Präsidentiamres der Kalenjin einen immer dichter werdenden Filz von Korruption und Vetternwirtschaft. Arap Moi soll persönlich tief in diesem Sumpf stecken. Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit wurden ausgehöhlt, unliebsame Kritiker durch Haft ohne Anklage mundtot gemacht oder gar beseitigt. Selbst Gönnern wie den USA wurde es zu bunt, sie drohten mit der Streichung von Krediten und Hilfsgeldern.

Durch die Verschlechterung der sozialökonomischen Lage hat sich in Kenia, vor allem unter den Kikujus, zu denen über 20 Prozent der 22 Millionen Einwohner gehören, Zündstoff angesammelt. So gibt es nach vorsichtigen Schätzungen über 1,2 Millionen Arbeitslose. Zehn Prozent der Bevölkerung verfügen über 60 Prozent der Einkommen, während die Hälfte der Einwohner Nairobis, etwa 2 Millionen, in Slums lebt. Dagegen leisten sich Tausende sogenannte „Wabenchi" eine Luxuslimousine aus Deutschland mit dem Stern auf der Kühlerhaube.

Kein Wunder, daß selbst ein kleiner Funke wie der ominöse Tod des Außenministers Ouko im Februar ausreichte, das Pulverfaß zur Explosion zu bringen. Wie Scotland Yard ermittelte, hat offensichtlich die Geheimpolizei den Moi-Kritiker ermordet. Seitdem ist Kenia nicht mehr zur Ruhe gekommen. Anfang Juli folgten der Verhaftung der beiden Ex-Minister Matiba und Rubia blutige Unruhen, bei denen die Polizei 22 Menschen erschoß.

In den letzten Wochen und Monaten ergriff die Kirche immer stärker Partei für diejenigen, die Gerechtigkeit, ein Mehrparteiensystem sowie die Eindämmung der Korruption verlangen. Ihr Engagement hat bereits das erste Opfer gefordert: Der anglikanische Bischof Alexander Müge starb bei einem mysteriösen Verkehrsunfall. Da Arbeitsminister Okondo dem Geistlichen mit dem Tode gedroht hatte, falls er es wagen sollte, in seinem Wahlkreis Unzufriedene zu befragen, mußte das Kabinettsmitglied inzwischen gehen.

Angesichts dieser gespannten Lage gelten die Kommission und ihr Bericht als letzte Chance für Präsident Moi, zur Stabilität zurückzufinden. Da dem Gremium aber nur KANU-Mitglieder und -Anhänger angehören, steht ein Mehrparteiensystem kaum in Aussicht. Alles deutet darauf hin, daß es nur ein demokratischeres Wahlrecht, ein auf 1991 vorgezogenes Votum sowie moralische Appelle zur Säuberung von Partei und Staat geben wird. Ob das ausreicht?

# *Mord an Popieluszko wird nochmals untersucht*

*Von unserem Warschauer Korrespondenten WOLFGANG REX*

Einer der brisantesten Fälle der letzten zehn Jahre in Polen soll jetzt noch einmal untersucht werden. Am 19. Oktober 1984 war der Warschauer Priester Popieluszko von Angehörigen des Sicherheitsdienstes ermordet worden.

Popieluszko hatte sich bei den damaligen Herrschenden besonders unbeliebt gemacht, weil er in seinen Predigten scharf gegen das 1981 verhängte Kriegsrecht polemisierte und die regierende PVAP angriff. Unter welchen Umständen und in wessen Auftrag er ermordet wurde, ist bis heute nicht restlos geklärt. Am 26. Dezember 1984 begann in Torun der Prozeß gegen vier Mitarbeiter des Innenministeriums, von denen drei Haftstrafen zwischen 6 und 25 Jahren verurteilt wurden.

Besonders der frühere stellvertretende Abteilungsleiter des Innenministeriums Pietruszka bemühte sich lange um die Wiederaufnahme des Prozesses. Pietruszka war wegen Anstiftung zum Mord und Deckung der Tat verurteilt worden.

Der Sohn Pietruszkas sagte jetzt, sein Vater sei während des Prozesses von seinen Vorgesetzten unter Druck gesetzt worden. Man habe ihm nahegelegt, nicht über Einzelheiten des Sicherheitsdienstes auszusagen.

Im nun von Solidarność geführten Innenministerium wird der Fall Popieluszko jetzt erneut aufgerollt. Gleich zu Beginn dieser Arbeit wurde der Streit um Hintergründe zusätzlich verschärft: Frau Prof. Daszkiewicz stellte in der Nachrichtensendung des polnischen Fernsehens die These auf, der Mord an Popieluszko sei nur die Probe für ein Attentat auf den Papst gewesen. Als „Beweis" führt die Professorin an, Pietruszka sei 1984 im Besitz eines Passierscheines „W" gewesen. Der hätte ihm ermöglicht, beim Besuch des Papstes 1987 in Polen in dessen Nähe zu kommen. Zu ebenjener Zeit sei ein Mann mit kompletter Jagdausrüstung an der Grenze ČSSR–Polen aufgetaucht. Pietruszka meldete sich empört aus dem Gefängnis und forderte – vergeblich – eine Gegendarstellung.

Der Vorwurf eines Papstattentates weckt in Polen natürlich starke Emotionen. Würde das Gericht im Falle der Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Pietruszka so zusammengestellt wie in den USA – jeder Pole müßte wegen Befangenheit als Geschworener abgelehnt werden.